

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 36 (1980)
Heft: 1-3

Artikel: Keine Gleichstellung bei der Pensionierung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-844285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- der bundesrechtlichen und dann auch der kantonalen Diskriminationsnormen und der Diskriminationspraxis
- der Verbände, Gruppen, Zentren, Treffpunkte, Buchläden usw., welche die Frauenbewegung ausmachen oder wo die Frauenbewegung fassbar wird
- der Rechtsetzungsvorhaben auf Bundesebene in möglichst frühem Stadium)
- der infrastrukturellen Dienste für die Frauen (Horte, Krippen, Tagesschulen, Tagesmütter, Spielgruppen, Beratungsstellen usw.)
- der aus öffentlichen und privaten Mitteln finanzierten Forschungsvorhaben, welche im weitesten Sinn die Stellung der Frau betreffen, und der Lehrveranstaltungen zu diesem Thema
- darüber, was die politischen Parteien in bezug auf Chancengleichheit und Gleichberechtigung für Vorstellungen haben und wie sie diese Vorstellungen zu realisieren gedenken.

(Wer sich für den vollständigen Bericht interessiert: Er ist in Heft 1980/1 von F - Frauenfragen erschienen, die die Eidg. Kommission für Frauenfragen herausgibt. Bundesamt für Kulturpflege, Thunstrasse 20, 3000 Bern 6, Telefon 031/61 92 75.)

Keine Gleichstellung bei der Pensionierung

Die verwaltungsrechtliche Klage eines Bundesbeamten, der hinsichtlich des Pensionierungsalters die Gleichstellung mit seinen früher pensionsberechtigten Kolleginnen verlangte, ist kürzlich vom Bundesgericht abgewiesen worden.

Dass gemäss Statuten der Eidgenössischen Versicherungskasse die Beamtin-

nen schon mit 60, die Beamten aber erst mit 65 Jahren ihre Pensionierung verlangen können, erachtete der Beschwerdeführer als Verletzung des Prinzips der Rechtsgleichheit. Das Bundesgericht war jedoch der Meinung, der Gesetzgeber sei hier wie bei der AHV davon ausgegangen, dass die Frauen einerseits zwar eine durchschnittlich längere Lebensdauer, andererseits aber eine kürzere berufliche «Leistungsdauer» hätten. Darin habe man einen «geschlechtsspezifischen Unterschied» erblickt, der eine ungleiche Behandlung hinsichtlich des Pensionierungsalters rechtfertige.

Frauendemonstration zum Tag der Frau

Über zweitausend meist junge Frauen haben am internationalen Frauentag (8. März) in Luzern demonstriert. Mit Transparenten, Megaphonen, Pfeifen und Flugblättern ausgerüstet, zogen sie vom Bahnhof durch die Altstadt auf den Kornmarkt vor dem Rathaus. Mit ihrer Kundgebung, die von der Organisation der Frau, der Frauenbefreiungsbewegung und anderen Gruppen sowie den Frauen der politischen Parteien SP, PdA, POCH und RML gemeinsam organisiert wurde, forderten die Frauen vor allem gleiche Rechte für Mann und Frau.

«Mier sind die Böse, Böse, wo üs wänd vo de Manne löse», lautete ein Schlachtruf, und auf Plakaten wurde «Partnerschaft im Beruf, Haushalt mit dem Fünfstudentag» gefordert. Die Demonstration wurde, so betonten die Organisatorinnen, in einer besonders rückständigen Region durchgeführt: legale Schwangerschaftsabbrüche beispielsweise werden im ganzen Kanton Luzern keine vorgenommen.